

## **Studienreise des Baader Youth Network vom 9. – 16. August 2009 in Berlin**

### **Zusammenfassung**

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung unternahmen ausgewählte Mitglieder des Baader Youth Networks vom 9. – 16. August eine politische Bildungsreise nach Berlin. Ziel der Reise war es, den Mitgliedern des Jugendnetzwerkes die Eckpfeiler des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland näherzubringen. Dadurch sollten die Jugendlichen angeregt werden, sich mit dem politischen System in den Palästinensischen Gebieten auseinander zu setzen, sich selbst aktiv in die Politik mit einzubringen und die demokratischen Strukturen dort zu stärken. Das Programm umfasste zahlreiche Treffen mit Politikern, Wissenschaftlern und Nahost-Experten, sowie den Besuch in wichtigen deutschen Institutionen wie dem Deutschen Reichstag und der ARD. Darüber hinaus fand ein Austausch mit Vereinen, die sich für die Belange der in Berlin lebenden Menschen mit arabischem Hintergrund einsetzen, statt. Kulturelle Aktivitäten bildeten den Abschluss der Reise.

Die Bildungsreise war ein voller Erfolg. Die Jugendlichen tauschten sich ausnahmslos mit allen Gesprächspartnern intensiv aus, verfolgten die Präsentationen konzentriert und stellten zahlreiche Fragen. Im Rückblick bewerteten alle Jugendlichen die Reise als große Bereicherung, die ihnen tiefe Einblicke in viele Bereiche und neue Perspektiven vermittelt hat. Im Anschluss an die Bildungsreise organisieren die Teilnehmer eigenständig Workshops, um das während der Reise erworbene Wissen und die gesammelten Erfahrungen an die anderen Mitgliedern des Jugendnetzwerkes weiterzugeben. Darüber hinaus findet am siebten September ein Nachtreffen mit den Teilnehmern der Studienreise statt, auf dem die Studienreise evaluiert wird sowie die Erfahrungen und Lerninhalte diskutiert werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung führt im Rahmen des in Kooperation mit dem International Peace and Cooperation Center in Jerusalem umgesetzten Projektes Baader Youth Network jährlich eine Reise mit ausgewählten Teilnehmern nach Deutschland durch. Diese Reisen sollen langfristig zur Herausbildung von politischen Nachwuchskräften beitragen, welche vor dem Hintergrund eines demokratischen Staatsverständnisses den palästinensischen Staatswerdungsprozess voranbringen sollen. Da Weiterbildungsmöglichkeiten für Palästinenser aufgrund der aktuellen politischen Situation stark begrenzt und oft praktisch schwer umsetzbar sind, besteht ein dringender Bedarf an solchen Studienreisen. Die Schwierigkeiten in der Umsetzung zeigt ein Vorfall der diesjährigen Reise: Anstatt der ursprünglich vorgesehenen dreizehn Teilnehmer konnten nur zwölf Teilnehmer die Reise antreten, da einem Teilnehmer die Ausreise von israelischen Sicherheitskräften ohne Angabe von Gründen verweigert wurde.



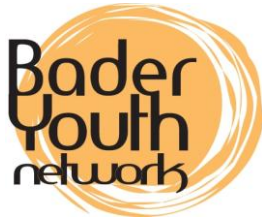
Gruppe vor dem Schloss Sanssouci in Potsdam

Die Gesprächstermine fallen weitgehend in drei Gruppen; Input zu wirtschaftlichen und politischen Themen, Austausch mit Vertretern der CDU und der CDU nahestehenden Organisationen und Gespräche mit gemeinnützigen Vereinen. Der folgende Bericht ist entsprechend dieser Gruppen angeordnet (ein Überblick über alle Gesprächstermine findet sich im Programm der Studienreise).

#### **Politische und wirtschaftliche Ordnung der BRD**

Den Auftakt der Gespräche machte ein Treffen mit **Wolfgang Hilberer**, Koordinator für Bürgergesellschaft bei der KAS, der den Teilnehmern das politische System der Bundesrepublik Deutschland erklärte. Hilberer erläuterte das Prinzip der Gewaltenteilung und die entsprechenden gesetzgebenden, rechtlichen und ausführenden Institutionen. Er legte außerdem die Merkmale einer parlamentarischen Demokratie sowie das Föderalstaatsprinzip dar. Besonderes Interesse bei den Teilnehmern fand das Thema Wiedervereinigung, und auf die Fragen der Teilnehmer hin skizzierte Hilberer die zentralen Ereignisse der Wiedervereinigung, der Art des Zusammenschlusses und der Rolle der Alliierten.

Neben dem politischen System erhielten die Teilnehmer eine umfassende Einführung in das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland. In klaren Zügen unterbreitete **Matthias Schäfer**, kommissarischer Leiter des Teams Wirtschaftspolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der KAS, der Gruppe das Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Schäfer ging dabei von den Herausforderungen beim Aufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg aus und skizzierte wesentliche Grundprinzipien des Modells der sozialen Marktwirtschaft wie den freien Zugang zu den Märkten, eine Konstanz der Wirtschaftspolitik, ein funktionsfähiges Preissystem und das Primat der Währungspolitik. Den Abschluss bildete eine Diskussion über die Frage, inwieweit die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft förderlich sein können, um der aktuellen globalen Finanzkrise zu begegnen und negative Auswirkungen zu verhindern.



**Frank Spengler**, der stellvertretende Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit in der KAS, begrüßte die Gruppe zu einem Tischgespräch. In einem informell gehaltenen Austausch führte er die Jugendlichen in das in Konzept der politischen Stiftungen im Allgemeinen und in die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Speziellen ein. Er machte die Gruppe mit der Geschichte und der Funktion der KAS vertraut, erläuterte die Tätigkeiten der Büros im In- und Ausland und klärte sie über das vermeintliche Paradox der Parteinähe bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von der CDU auf.

**Anja Misselwitz** führte die Gruppe in die allgemeine Funktion und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages ein. Als stellvertretende Vorsitzende des Fachbereichs Parlamentsrecht gehört es zu ihren Aufgaben, die Sitzungsunterlagen des Bundestagspräsidenten vorzubereiten, Gutachten zu verfassungsrechtlichen Angelegenheiten sowie zu Fragen der Geschäftsordnung anzufertigen und den Austausch mit anderen europäischen Parlamenten zu pflegen. Misselwitz erläuterte die zwei grundlegenden Funktionen des Bundestages, die Gesetzgebung und die Kontrolle der Bundesregierung. Die Teilnehmer zeigten außerordentliches Interesse an Misselwitz' klaren und präzisen Darlegungen und befragten die Expertin intensiv zu den unterschiedlichsten Bereichen des Bundestages. Themen waren die Umstände zur Beschlussfähigkeit und Auflösung des Bundestages, die Immunität der Abgeordneten, das Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesrat, das Verfahren bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltes sowie die Rolle der Medien. Zum Abschluss skizzierte Misselwitz den Teilnehmern eine typische Sitzungswoche von Bundestagsabgeordneten und vervollständigte damit den umfassenden und konkreten Eindruck von der Arbeit des Bundestages bei den Jugendlichen.

Der Dienststellenleiter **Dr. Claus-Peter Clostermeyer** und die Beauftragte für Ernährung und ländlichen Raum, **Mareike Enderle**, empfingen die Vertreter des Jugendnetzwerkes im Haus der Landesvertretung Baden-Württemberg. Clostermeyer vermittelte der Gruppe zunächst einen Überblick über die deutsche Gründungsgeschichte und die Besonderheiten des Landes Baden-Württemberg. Er ging dann vertieft in die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern ein. Neben der Nennung der Bereiche, für die die Länder verantwortlich sind – Hochschulen, Gesundheit, Verwaltung, Polizei und Strafvollzug und Jugend – illustrierte Clostermeyer seine Ausführungen auch mit aktuellen Beispielen. Im Zusammenhang mit einer Frage nach wirtschaftsrechtlichen Kompetenzen der Länder erwähnte er den Besuch von Ministerpräsident Oettinger in Aserbaidschan anlässlich von Energiegesprächen und vermittelte so einen lebendigen und anschaulichen Eindruck der Realpolitik der Länder.

Im Auswärtigen Amt erfuhren die Teilnehmer von der Referentin im Nahostreferat, **Sonja Jelineck**, die Politik der Bundesregierung im Nahen Osten. In diesem Zusammenhang sprach sie über die jüngsten politischen Ereignisse im Nahen Osten ein, wie der Amtsantritt von US-Präsident Obama und die Knessetwahlen in Israel zu Jahresbeginn, der Krieg in Gaza sowie die aktuellen Absichten zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. Unter Bezugnahme auf Obamas Atmosphärenwechsel in Nahost, dem wachsenden Druck auch von anderen Seiten der internationalen Gemeinschaft auf Israel und des Fatah-Kongresses bewertete Jelineck die aktuelle Situation außerordentlich optimistisch. Jelineck ließ viel Raum für Fragen und Kommentare, den die Teilnehmer vor allem

nutzten, um der Nahost-Referentin ihre weitaus weniger optimistische Einschätzung der aktuellen politischen Lage zu schildern.

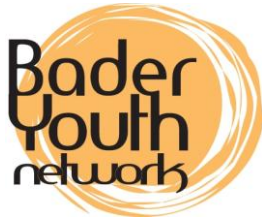


Teilnehmer der Studienreise mit Frau Jelineck

Die Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika in der Stiftung Wissenschaft und Politik, **Dr. Muriel Asseburg**, stellte den Teilnehmern die Aufgaben und Tätigkeitsbereiche der Stiftung sowie ihrer Forschungsgruppe vor. Im Hauptteil des Gespräches gaben die Teilnehmer auf Fragen der Nahost-Expertin ihre Einschätzungen und Prognosen bezüglich der jüngsten politischen Entwicklungen im Nahen Osten ab. In diesem Zusammenhang sprachen sie Obama und der internationalen Gemeinschaft sehr gute Absichten hinsichtlich der künftigen Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt zu, äußerten jedoch gleichzeitig ihre Skepsis darüber, ob sich diese Absichten tatsächlich in einer konstruktiven Veränderung der politischen Situation in Nahost manifestieren werden.

Nach umfangreichen Eindrücken in die Funktionsweise deutscher Institutionen vermittelte **David Börner** vom Europäischen Informationszentrum der Gruppe einen Überblick über die Geschichte und Funktionsweise der Europäischen Union. Ausgehend von der miserablen Situation in Europa nach Ende des Zweiten Weltkrieges bildete den Auftakt der Entwicklungen die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zum Zweck der gemeinschaftlichen Verwaltung der für die Schwer- und Kriegsindustrie erforderlichen Rohstoffe. Börner skizzierte in einer anschaulichen Präsentation den langen Weg von der Montanunion über wichtige Meilensteine wie die Römischen Verträge, den Fusionsvertrag, den Vertrag von Maastricht und zahlreiche Erweiterungen die Entwicklung des heute 27 Mitgliedsstaaten zählenden Staatenbundes. Die abschließende Diskussion zum EU-Beitritt der Türkei konnte zum Bedauern der Teilnehmer aus Zeitmangel nicht zu Ende geführt werden.





### **Treffen mit Vertretern der CDU und der CDU nahestehenden Organisationen**

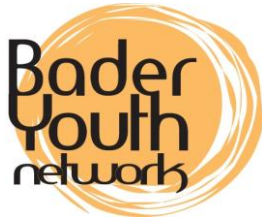
Im Trubel des gerade begonnenen Bundestagswahlkampf empfangt **Klemens Mömkes**, Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU Deutschlands, die Gruppe in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Mömkes skizzierte zunächst die Struktur der Bundesgeschäftsstelle mit den Referaten strategische Planung, Programme und Pläne, Marketing und Kommunikation, Event-Management, Internationale Beziehungen und dem Pressesprecher. Dann erläuterte er den Prozess der innerparteilichen Willensbildung von den Gemeinde- und Kreisverbänden bis hin zum Beschluss des Grundsatzprogramms durch den Bundesvorstand. In der anschließenden Diskussion gingen die Teilnehmer insbesondere der Rolle der Religion für die Partei nach.

**Nicolas Wendler**, Internationaler Referent der Jungen Union, erläuterte der Gruppe den Aufbau der Jungen Union sowie ihr Verhältnis zur CDU. In dem Gespräch mit **Matthias Brauner**, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, zeigte Brauner den Teilnehmer den typischen Weg über das Engagement in politischen Jugendorganisationen und Ortsverbänden in die Politik in Deutschland auf.

Im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung empfangen der Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), **Martin Kamp**, und der gesellschaftspolitische Referent der CDA, **Danny Dobmeier**, die Gruppe. Von ihnen erhielt die Gruppe zunächst eine Einführung in die Funktion und die Bedeutung der Gewerkschaften in Deutschland. Als Interessenvertretung der Arbeitnehmer setzen sie sich für ihre Belange und ihren Schutz ein. Obgleich verwurzelt in der sozialdemokratischen Tradition setzt sich die CDA auf christlich-demokratischen Werten basierend für Arbeitnehmerinteressen ein. Besonderes Interesse äußerten die Teilnehmer für die Tarif- und Lohnpolitik. In diesen Bereichen beantworteten die CDA-Vertreter zahlreiche Fragen von der Aufteilung der Kompetenzen bezüglich Tarif- und Lohnpolitik zwischen Staat und Gewerkschaften bis zu der Frage nach sektorspezifischen Mindestlöhnen.

Zu einem abendlichen Tischgespräch trafen die Teilnehmer des Baader Youth Network den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), **Steffen Liebendörfer**. Liebendörfer klärte die Gruppe über die Ziele und Funktionsweise des RCDS auf, der sich im Gegensatz zur Jungen Union ausschließlich an Studenten richtet und damit die Hochschulpolitik zum Hauptgegenstand hat. Vorherrschendes Thema während der Diskussion im Anschluss an Liebendörfers Einführung war die Koordination und Kooperation von Studentenverbänden auf europäischer Ebene. In diesem Zusammenhang waren die Teilnehmer überrascht zu erfahren, dass auf Ebene des überregionalen Dachverbandes European Democratic Students (EDS) auch Kontakte zu Studentenverbänden im Nahen Osten bestehen, so etwa zu Israel und zum Libanon.

Im Rahmen eines eher informellen Tischgespräches fand das von den Teilnehmern mit Spannung erwartete Treffen mit dem Geschäftsträger der Generaldirektion Palästinas in Deutschland, **Abdullah Hijazi**, statt. In dem Gespräch sprach die Gruppe zahlreiche Themen an, die von den Aufgaben der Generaldirektion über die politische und soziale Situation der in Deutschland lebenden Palästinenser



und deren Verhältnis zu ihrer Heimat bis hin zur Rolle der palästinensischen Jugend für den palästinensischen Staatswerdungsprozess reichte.

### **Austausch mit gemeinnützigen Vereinen**

Neben dem intensiven Austausch mit Politikern und Experten traf die Gruppe auch Vertreter zweier Vereine, die sich für eine Verbesserung der sozialen Situation der in Berlin lebenden arabischen Minderheiten einsetzen. **Herr Maarouf** und **Herr Khalil** vom Deutsch-Arabischen Zentrum und **Herr Zaher** von Karame e.V. stellten der Gruppe ihre Arbeit vor. Während das Deutsch-Arabisches Zentrum erst im vergangenen Jahr gegründet wurde und sich unter anderem der straffällig gewordenen Jugendlichen annimmt, ist Karame e.V. ein seit einigen Jahren gut etablierte Institution in Moabit, die mit einem breiten Kursangebot die Stellung arabischer Familien stützt und als sozialer Treffpunkt für Jugendliche genutzt wird.

Zusätzlich zu den Gesprächsterminen mit Politikern und Experten fand ein Besuch der Gruppe im Haus der ARD statt, den die Teilnehmer mit großem Interesse begingen. Außerdem nahmen die Teilnehmer auch an kulturellen Aktivitäten teil. So lernten sie im Rahmen einer dreistündigen, geführten Stadtrundfahrt verschiedene Teile Berlins kennen. Auf eigene Initiative besuchten einige Teilnehmer das Pergamonmuseum, und am letzten Tag machte die Gruppe einen Ausflug zum Cecilienhof sowie zum Schloss Sanssouci nach Potsdam.

### **Fazit**

Das Fazit dieser Reise fällt ausgesprochen positiv aus. Die Teilnehmer haben sämtliche Gesprächstermine mit aktivem und kontinuierlichem Interesse verfolgt und sich intensiv mit den Gesprächspartnern ausgetauscht. Einige Teilnehmer ziehen aktuell Möglichkeiten der Teilnahme an Aufbaustudiengängen in Deutschland in Betracht. Eigenen Aussagen zufolge haben viele der Teilnehmer auch zahlreiche Anregungen für Veränderungen in den Palästinensischen Gebieten erhalten, denen sie nun mit Überzeugung nachgehen wollen. Zur Weitergabe der gemachten Erfahrungen sind im Anschluss an die Studienreise Workshops in den verschiedenen Distrikten des Baader Youth Networks sowie ein Evaluationstreffen mit den Teilnehmern der Studienreise geplant. Mit Hinblick auf langfristige Entwicklungen in den Palästinensischen Gebieten tragen diese Studienreisen dazu bei, das enorme Potential der mit zwei Dritteln mit Abstand größten Bevölkerungsgruppe in den Palästinensischen Gebieten besser zu nutzen. Anstatt das Potential ungenutzt zu lassen oder gar sich mangels besserer Perspektiven radikalen Bewegungen anzuschließen, werden die Jugendlichen angeregt, sich dadurch konstruktiv in die Gesellschaft und die Politik ihrer Heimat mit einzubringen. Dadurch entziehen sie radikalen und fundamentalistischen Bewegungen den Nährboden und stärken gleichzeitig die Demokratie in den Palästinensischen Gebieten.